

## Antrag P01: Studierendenwerke fair finanzieren - Studiengebühren 2.0 abschaffen! In Studierendenwerke investieren und nicht mit Kürzungen demolieren

Laufende Nummer: 20

<b>Antragsteller*in:</b>	Juso-Hochschulgruppen Nordrhein-Westfalen, Juso-Hochschulgruppen Rheinland-Pfalz, Juso-Hochschulgruppen Mecklenburg-Vorpommern, Juso-Hochschulgruppen Berlin
<b>Status:</b>	angenommen
<b>Sachgebiet:</b>	P - Sozialpolitik und soziale Infrastruktur

1 Ein Studium ist teuer und für viele junge Menschen nur schwer zu finanzieren. Die  
2 Situation hat sich durch Inflation und steigende Mieten in den letzten Jahren  
3 deutlich verschärft. Um die soziale Lage der Studierenden zu verbessern und ein  
4 sozial gerechtes Studium zu ermöglichen, gibt es eigentlich die Studierendenwerke.  
5 Theoretisch stellen sie den Studierenden Wohnheimplätze, Mensaessen und weitere  
6 Angebote zu günstigen Preisen zur Verfügung, in der Praxis sind die Studierendenwerke  
7 jedoch seit vielen Jahren chronisch unterfinanziert und können ihrem eigentlichen  
8 Auftrag kaum gerecht werden. Im Jahr 2022 standen den 590.432 Studierenden in NRW nur  
9 39.281 Wohnheimplätze zur Verfügung, was einer Quote von gerade einmal 6,7%  
10 entspricht. In Rheinland-Pfalz stehen circa 112.000 Studierenden 9.100 (Stand 2020)  
11 Wohnheimplätze zur Verfügung, was einer Quote von 8,1% entspricht. In Hessen liegt  
12 die Quote bei 8,1%, bundesweit bei 11,5%. Am niedrigsten ist sie in Schleswig-  
13 Holstein, wo nur 5,2% der Studierenden in einem Wohnheim leben. 1991 lag die  
14 bundesweite Quote noch bei 15%. Mehr ist für die Studierendenwerke finanziell nicht  
15 machbar. Die Aussicht für junge Menschen, unter diesen Bedingungen einen  
16 Wohnheimplatz zu bekommen, ist mehr als ungewiss und kein Angebot, auf das sich  
17 verlassen werden kann.

18 Um zu verstehen, warum die Studierendenwerke unterfinanziert sind, muss man die  
19 Entwicklung ihrer Finanzierung in den letzten Jahrzehnten betrachten. Neben den  
20 Umsätzen durch den Betrieb von z.B. Mensen und Wohnheimen gibt es zwei  
21 Haupteinnahmequellen: die staatlichen Zuschüsse und die „Sozialbeiträge“ der  
22 Studierenden.

23 Vor 30 Jahren, im Jahr 1994, zahlten alle Studierenden in NRW zusammen umgerechnet  
24 23,7 Millionen Euro an Sozialbeiträgen. Gleichzeitig zahlte das Land NRW umgerechnet  
25 38,8 Mio. € an die Studierendenwerke. Im Jahr 2022 zahlten die Studierenden dann  
26 108,1 Mio. € und das Land NRW 52,3 Mio. €. Die Kostensteigerungen wurden in den  
27 letzten Jahrzehnten also sehr ungleich zwischen dem Land NRW und den Studierenden  
28 verteilt. Der Beitrag der Studierenden erhöhte sich um ca. 356,00%, der Beitrag des  
29 Landes nur um etwa 35,00%. Die Studierenden werden also durch die Steigerung mehr als  
30 10-mal stärker belastet als das Land NRW. Um das pro Kopf Niveau von 1994  
31 inflationsbereinigt wieder zu erreichen, müsste die Landesregierung ihren Zuschuss um  
32 43% erhöhen. Im bundesweiten Durchschnitt machen die Sozialbeiträge 23,4% der  
33 Gesamteinnahmen und die Landeszuschüsse nur 11% aus. Die Kosten und  
34 Studierendenzahlen steigen, das Land NRW stiehlt sich aus der Verantwortung und die  
35 Studierenden zahlen die Zeche. Auch in Mecklenburg-Vorpommern wurden die Landesmittel  
36 für die Hochschulen und Studierendenwerke in den vergangenen 2 Jahren stark gekürzt.

- 37 Um eine Versorgung auf ähnlicher Qualität zu gewährleisten, wurden die fehlenden  
38 Mittel durch steigende Mietpreise, steigende Mensapreise und mehrere Erhöhungen der  
39 Semesterbeiträge ausgeglichen. Trotz einer stärkeren finanziellen Belastung der  
40 Studierenden mussten einige Angebote der Studierendenwerke weichen. Auch hier sank  
41 dementsprechend der Anteil der staatlichen Finanzierung und der Anteil der  
42 Studierenden stieg bzw. steigt immens an.
- 43 Studierende zahlen pro Semester: 110,00€ an der Uni Köln, 119,77€ in Münster, 115,00€  
44 an der Uni Bonn, 80€ in Leipzig, 99€ in Rostock, 93€ in Greifswald, 93€ in Darmstadt,  
45 109€ in Mainz, 129€ in Trier und 125€ in Landau. Nicht nur die Sozialbeiträge  
46 steigen, immer mehr Studierendenwerke müssen auch die Mieten und Mensapreise erhöhen.  
47 In Berlin ist nun sogar geplant den Investitions-Zuschuss an das Studierendenwerk um  
48 die Hälfte zu kürzen. Konkret soll die für Investitionen vorgesehene Summe von  
49 667.000 Euro um 333.500 Euro reduziert werden. Diese drastische Reduzierung der  
50 finanziellen Mittel zieht erhebliche negative Auswirkungen mit sich. Es folgen  
51 drastische Erhöhungen der Wohnheimmieten und Mensapreise, Einschränkung oder Wegfall  
52 von Beratungs- und Unterstützungsangeboten und die Verzögerung dringend benötigter  
53 Investitionen und Sanierungen. Dies wird insbesondere Studierende aus  
54 einkommensschwachen Familien hart treffen und gefährdet einen gerechten  
55 Hochschulzugang.
- 56 Das ist nicht nur ungerecht, sondern ein Angriff auf die Bildungsgerechtigkeit. Denn  
57 durch die Kostenexplosion ist aus dem Sozialbeitrag, der eigentlich ein sozial  
58 gerechtes Studium ermöglichen sollte, eine finanzielle Hürde geworden, die besonders  
59 junge Menschen aus Nicht-Akademiker\*innen-Familien von der Bewerbung an Hochschulen  
60 abschreckt. Das Studium wird Luxusgut. Diese Studiengebühren 2.0 können wir nicht  
61 akzeptieren. 35% der Studierenden sind jetzt schon armutsgefährdet, unter denjenigen,  
62 die alleine oder in WGs leben, sogar 80%. Zudem ist es nicht hinnehmbar, dass die  
63 „Sozialbeiträge“ der Studierenden im Verhältnis deutlich schneller steigen als der  
64 Beitrag des Landes. Die Bundesländer dürfen sich nicht vor ihrer Verantwortung  
65 drücken und auch der Bund muss sich an der Finanzierung beteiligen. Die geplanten  
66 Kürzungen müssen überdacht werden und Bund und Länder müssen sich endlich für eine  
67 angemessene und gerechte Finanzierung der Studierendenwerke einsetzen. Gerade im Zuge  
68 der Inflation sind angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten für Studierende  
69 Kürzungen der falsche Weg. Damit wird die Existenz vieler Studierender gefährdet und  
70 bestehende Ungleichheiten verschärft. Denn die Unterstützung von Studierenden ist  
71 eine Investition in eine gerechte Bildung und damit eine gerechte Gesellschaft!
- 72 Deshalb fordern wir:
- 73 • Die Übernahme der Sozialbeiträge aller Studierenden durch ihr jeweiliges  
74 Bundesland. Der Bund muss dabei die Bundesländer finanziell unterstützen.
  - 75 • Die Erhöhung des jeweiligen Landeszuschusses um die Summe, die notwendig ist,  
76 damit die Studierendenwerke ihre Aufgabe wieder vollumfänglich erfüllen können.
  - 77 • Das Projekt „Junges Wohnen“ der Bundesregierung, das unter anderem auch in  
78 Studierendenwohnheimen investiert, soll für 2024 und 2025, sowie darüber hinaus  
79 verstetigt und ausgebaut werden.
  - 80 • Die Bundesregierung soll ein Programm aufsetzen, das die soziale Infrastruktur  
81 für Studierende wie vor allem die Mensen beim Um-, Aus- und Neubau unterstützt,

82 um Kapazität, Nachhaltigkeit und Barrierefreiheit zu stärken.

83 • Die Unterstützungen des Landes an die Studierendenwerke darf nicht gekürzt  
84 werden!

85 • Einen Dialog mit Studierendenvertretungen und dem Studierendenwerk zu führen, um  
86 nachhaltige Lösungen zu finden

87 Mit diesen Maßnahmen können wir die Studierenden einfach und unbürokratisch entlasten  
88 und gleichzeitig die Studierendenwerke wieder zu der wichtigen Säule machen, die ein  
89 sozial gerechtes Studium für alle ermöglicht.

90